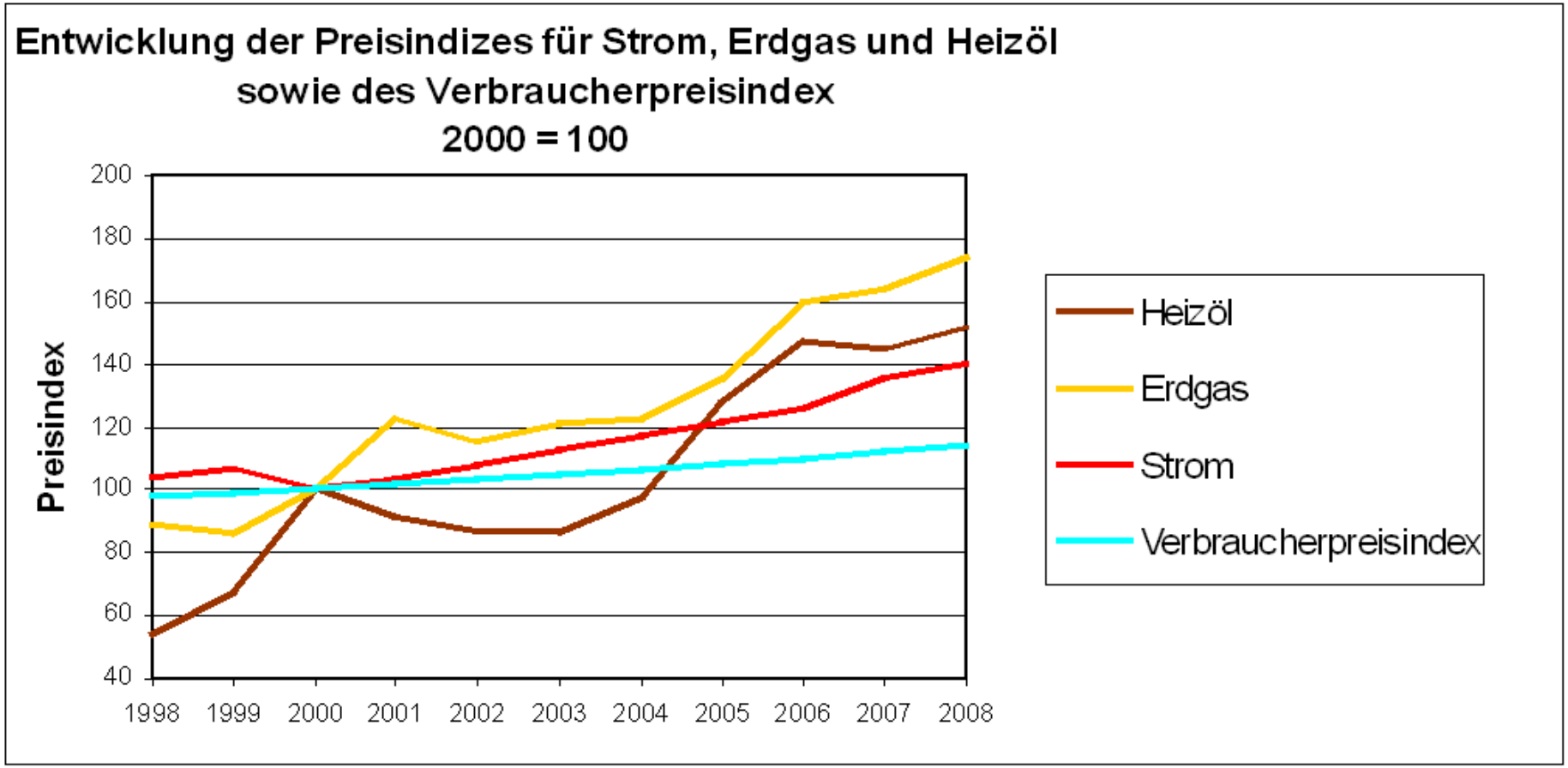
verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen

Sozialen Folgen steigender Energiepreise begegnen

Vorschlag der Verbraucherzentrale NRW zur Einführung eines Strom-Spartarifs

Helmfried Meinel
Bereichsleiter
Spezielle Verbraucherthemen
der Verbraucherzentrale NRW

Energiepreise und Verbraucherpreisindex



Quelle: Statistisches Bundesamt 2007; eigene Berechnungen

Soziale Folgen steigender Energiepreise

Was bedeuten die steigenden Preise für eine durchschnittliche Familie ?

Das ist Familie Klein. Sie wohnen auf 120 m² in einem 30 Jahre alten Eigenheim – zusammen mit einem 15 Jahre alten Kühlschrank, einer 17 Jahre alten Kühltruhe und einer zwölf Jahre alten Waschmaschine.

Monat für Monat verbrauchen die Kleins rund 330 kWh Strom und 200 Liter Heizöl. In diesem Jahr wird die Familie dafür **3.165 Euro** berappen.

Das sind 50 Prozent mehr als 2002!

Soziale Folgen steigender Energiepreise

Für eine effektive Wärmedämmung müsste Familie Klein rund 90.000 Euro investieren. Davon 75.000 für die Instandsetzung und 15.000 für energetische Zusatzmaßnahmen. Letztere amortisieren sich binnen zehn Jahren, der Rest nicht.

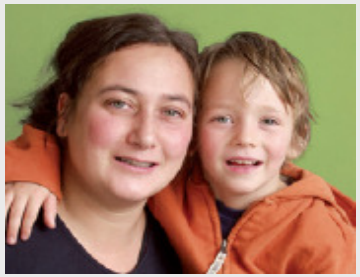
Um deutlich Strom zu sparen, bräuchten die Kleins außerdem energieeffizientere Kühl- und Gefriergeräten sowie eine neue Waschmaschine. Doch die Familie zögert. Denn nur ein Teil der Kosten würde sich innerhalb der nächsten Jahre amortisieren.

Was bedeutet die Preissteigerung im Einzelfall?

Obwohl Familie Klein nun 50% höhere Energiekosten hat, geht es ihnen verhältnismäßig gut. Denn ihre Energiekosten von 3.165 € machen nur **8%** ihres verfügbaren Jahreseinkommens von 40.000 € aus.

Schlechter geht es Familie Schmal, deren Energiekosten in Höhe von 2.500 € bereits **12,5%** ihres verfügbaren Jahreseinkommens von 20.000 € betragen.

Schlimmer noch trifft es Frau Spärlich (alleinerziehende Mutter). Sie verfügt jährlich über ein Einkommen von 13.000 € und muss davon fast **17%** für Energie ausgeben.



Status Quo und Ausblick

Einkommensschwache Haushalte müssen im Verhältnis zu ihrem verfügbaren Einkommen etwa das Doppelte für Energiekosten aufwenden wie der deutsche Durchschnittshaushalt.

Ein gering verdienender Vier-Personen-Haushalt muss jeweils 18 % seines Einkommens für Energie aufwenden. Anfang des Jahres 2008 waren es noch 14 %. (Quelle: RWI)

Mit steigenden Energiepreisen bei stagnierenden Einkommen nimmt die Zahl der Haushalte, die Probleme bei der Begleichung ihrer Energiekostenrechnung haben, zu.

➢ **Damit wird das Problem der Haushalte auch zu einem Problem der Energieversorger!**

Umfrage bei Versorgungsunternehmen durch die Verbraucherzentrale NRW

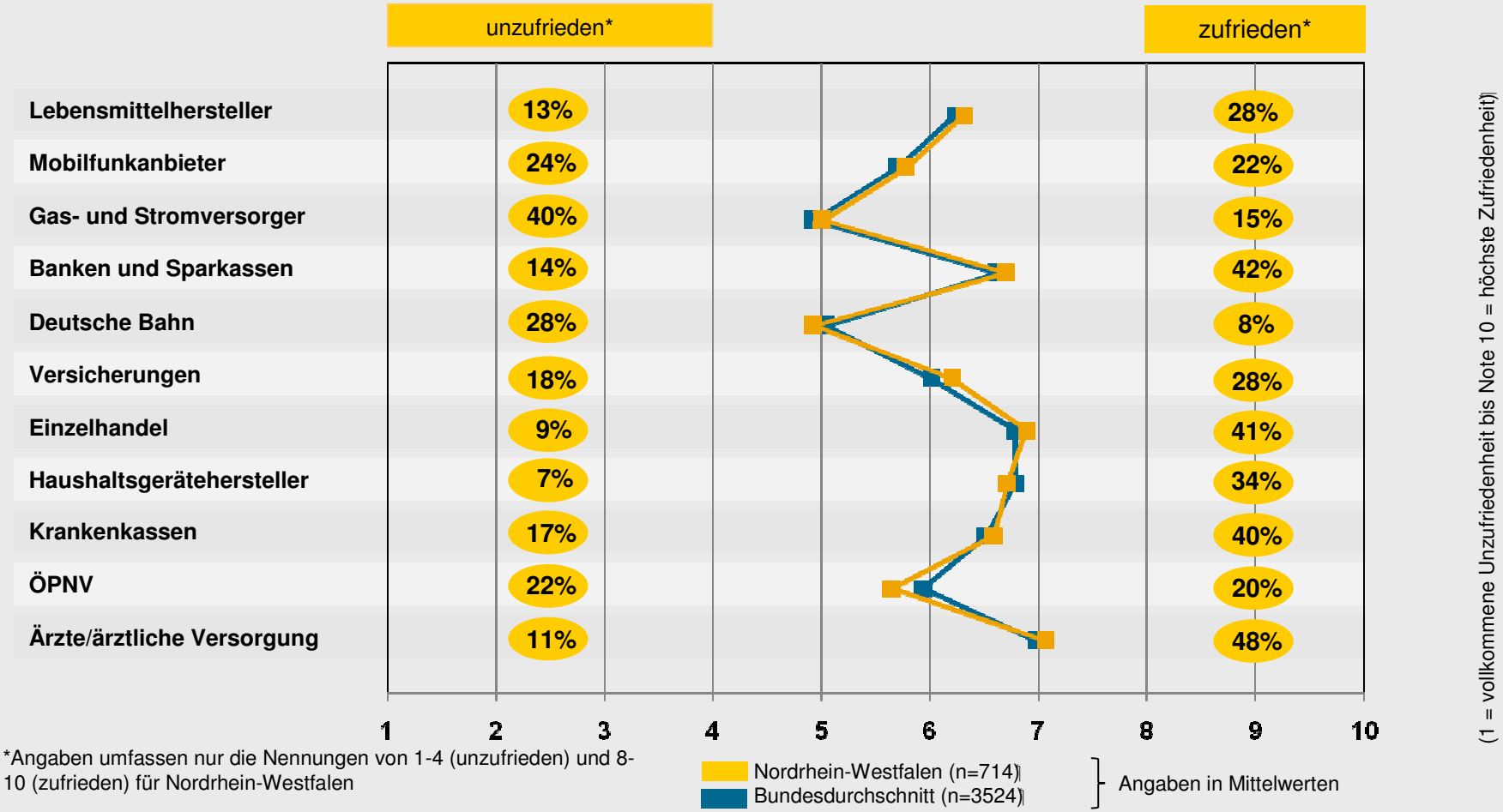
Von 38 angeschriebenen Versorgern in NRW antworteten 24 (RWE und Eon äußerten sich nicht zu den Fragen der Verbraucherzentrale).

- Die auskunftsbereiten Energieversorgungsunternehmen repräsentieren ca. 2,5 Mio. Kunden bzw. eine Bevölkerung von ca. 4 Mio. Menschen.
- Rund 20 % der Kunden sind in Zahlungsverzug oder haben bereits die erste Mahnung bekommen.
- In 2007 Versorgungssperren für 59.000 Privathaushalte (Stromsperren > 90 %) → über 200.000 Haushalte im Jahr könnten in NRW von einer Stromsperre betroffen sein.

Entwurf der Europäischen Charta der Rechte der Energieverbraucher fordert Vorkehrungen, damit schutzbedürftige Haushalte nicht von der Versorgung und damit von der gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen werden!

Verbraucherumfrage des Verbraucherzentrale Bundesverband

„Wenn Sie Ihre persönlichen Erfahrungen einmal zusammenfassen, wie zufrieden sind Sie insgesamt als Verbraucher mit den Anbietern (von Produkten und Dienstleistungen) aus folgenden Branchen?“

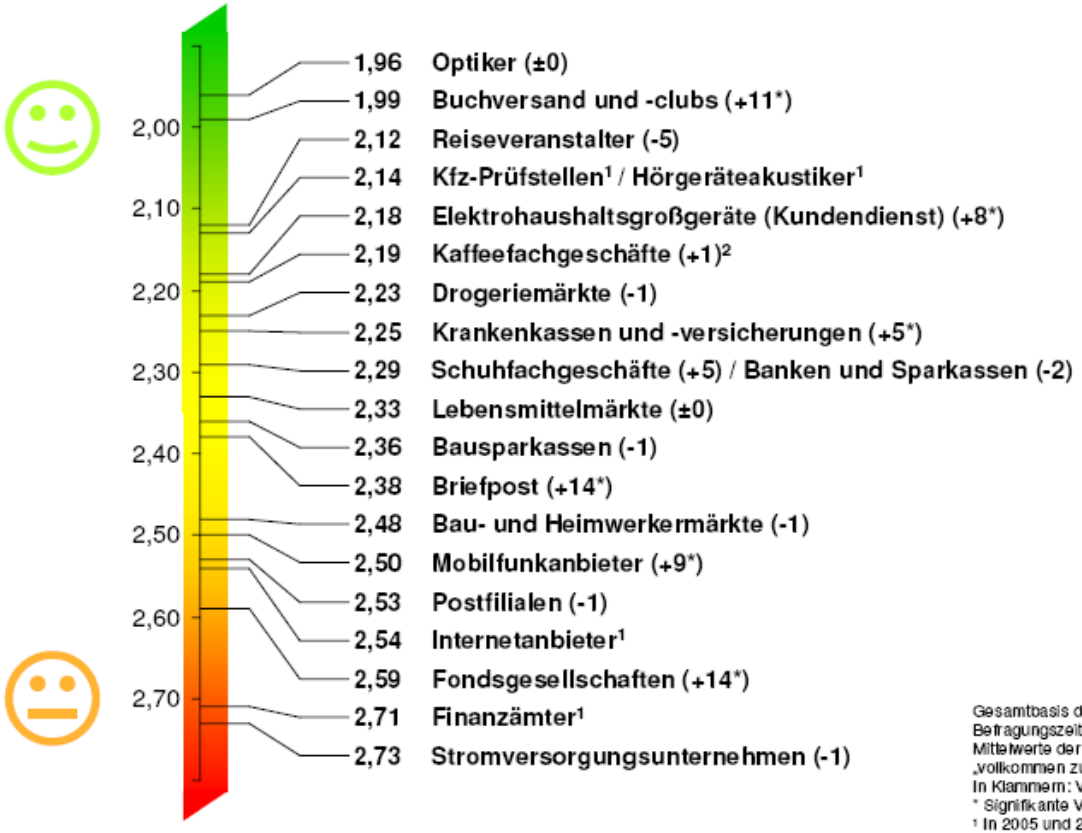


*Angaben umfassen nur die Nennungen von 1-4 (unzufrieden) und 8-10 (zufrieden) für Nordrhein-Westfalen

Wahrnehmung der Energieversorgungsunternehmen aus Verbrauchersicht

Kundenzufriedenheit in Deutschland 2007

Kundenmonitor® Deutschland



Gesamtbasis der Studie: 21.026 Befragte ab 16 Jahren
Befragungszeitraum: 02. April 2007 bis 03. September 2007
Mittelwerte der Globalzufriedenheit von
„vollkommen zufrieden" (=1) bis „unzufrieden" (=5)
In Klammern: Veränderung zum Vorjahr 2006 in Basispunkten
* Signifikante Veränderung gegenüber dem Vorjahr (90%-Niveau)
[1] In 2005 und 2006 nicht untersucht
[2] Veränderung gegenüber 2005

Kundenmonitor Deutschland 2007

Made by ServiceBarometer AG

Sozialen Folgen steigender Energiepreise begegnen- Vorschlag der Verbraucherzentrale NRW

Bundesweite Einführung eines Strom-Spartarifs statt eines Sozialtarifs als ein Schritt in Richtung sozialer Gerechtigkeit

- Sozialtarif erscheint aus unserer Sicht nicht das geeignete Instrument zur Entlastung einkommensschwacher Haushalte
- Soziale Belange sollten ökologische nicht konterkarieren
- Strom-Spartarif vereint beides: Finanzielle Entlastung ist an sparsamen Umgang mit Elektrizität gekoppelt
- Einführung eines Strom-Spartarifs nicht Pauschallösung für die Problematik zunehmender Energieschulden privater Haushalte
- Forderungen der Verbraucherzentrale NRW ergänzend zum Strom-Spartarif:
  - Finanzielle Förderung energieeffizienter Geräte für einkommensschwache Haushalte in Kombination mit Energieberatungen
  - Verändertes Forderungsmanagement der Energieversorgungsunternehmen
  - Moderne Zählertechnik (schnelle Verbrauchsrückmeldung), evtl. mit prepaid-Option

Ausgewählte Forderungen der Verbraucherzentrale NRW an den Vertrieb von Energieversorgungsunternehmen

- Einfache und leicht verständliche Angebote
- Ablesung der Zählerstände in kurzen Zeitintervallen
  - max. 12 Monate Abstand zwischen Ablesungen
  - evtl. monatliche Verbrauchsrechnungen mit Vergleichsangaben
- Automatische Plausibilitätsprüfung zur Abrechnung und Überprüfungsangebot für Haushalte
- Verständliche Rechnungen über den Energieverbrauch
- Sofortige Intervention des Energieversorgungsunternehmen bei Rechnungsrückstand
- Ordnungsgemäße Abwicklung des Mahn- und Sperrverfahren
- Angemessene und transparente Gebühren für Mahnung und Sperrung
- Einrichtung einer Vermittlungs- bzw. Schlichtungsstelle
- Angebot von (angemessenen) Ratenzahlungen bei Zahlungsverzug (evtl. Integration in Insolvenzverfahren)

Der Strom-Spartarif im Detail

- Strom-Spartarif als Pflichtangebot des Grundversorgers
- Gratis-Kontingent an kWh pro Haushaltsmitglied mit 1. Wohnsitz
  (z.B. 250 kWh/a pro Person)
- Grundpreis entfällt und linearer Arbeitspreis in Verbindung mit Frei-kWh ergibt einen progressiven Preisverlauf
- Arbeitspreis enthält sämtliche Kosten für Bereitstellung, Lieferung, Abrechnung, Konzessionsabgabe, Umlagen und Steuern
  (z.B. 25 ct/kWh)
- Tarif für Haushalte freiwillig und allgemein zugänglich→ Keine Stigmatisierung von Bevölkerungsgruppen (≠ Sozialtarif)
- Lediglich Nachweis des Wohnsitzes sowie jährliche Neubeantragung des Tarifs erforderlich→ Bürokratieaufwand gering (≠ Sozialtarif)
- Bundesweites Umlageverfahren auf die Netznutzungsentgelte der lokalen Verteilnetze → Kein Wettbewerbsnachteil für Grundversorger
- Umlage am Beispiel Düsseldorf: ca. 1,5 ct/kWh
  - Kostenbelastung über Umlageverfahren in der Größenordnung der EEG-Umlage
  - Umlageverfahren ist bei Energieversorgungsunternehmen praktisch erprobt
  - Umlage ist von allen Verbrauchern zu zahlen

Last but not least: was können die Verbraucherzentralen (sonst noch) tun?

- Den Anbieterwechsel unterstützen
- Energieberatung
- Marktchecks (Beispiel Energieausweis)
- Kollektive Rechtsdurchsetzung

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!